

KOMPAKT

ISRAEL

Trump: US-Botschaft nach Jerusalem

US-Präsident Donald Trump hat den Palästinenserpräsidenten über seine Absicht informiert, die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen. Die palästinensische Nachrichtenagentur Wafa berichtete, Trump habe dies Mahmud Abbas bei einem Telefonat mitgeteilt. Abbas' Sprecher sagte, der Präsident habe Trump „vor den schwerwiegenden Auswirkungen dieser Entscheidung auf den Friedensprozess sowie Sicherheit und Stabilität in der Region und der Welt gewarnt“. Der US-Kongress hatte 1995 ein Gesetz beschlossen, das die Verlegung der Botschaft nach Jerusalem vorsieht. Seitdem haben aber alle US-Präsidenten aus Sorge vor politischen Turbulenzen alle sechs Monate ein Dekret unterzeichnet, das die Gültigkeit des Gesetzes aussetzt.

BAYERN

Flüchtlingsrat wehrt sich gegen Vorwürfe

Der Flüchtlingsrat hat sich gegen Vorwürfe des bayerischen Innenministeriums gewehrt, Afghanen beim Untertauchen zu helfen. Zwar gebe man die Abschiebungstermine bekannt und habe „Warnhinweise“ auf der Website, sagte Stephan Dünnwald vom Flüchtlingsrat Bayern der WELT. „Darin rufen wir aber mitnichten zum Untertauchen auf, sondern empfehlen potenziell Betroffenen lediglich, sich in den Nächten vor der Abschiebung möglichst nicht in der Unterkunft aufzuhalten.“ Das sei „völlig legitim“, es bestehe keine Verpflichtung, jede Nacht in der Unterkunft zu schlafen. Das bayerische Innenministerium hatte in einem Bericht der WELT AM SONNTAG zuletzt kritisiert, dass die meisten der für Abschiebeflüge vorgesehenen Afghanen vorher untertauchen, liege auch an dem „breiten Beratungsangebot“ durch Aktivisten.

FDP

Kubicki liebäugelt mit Jamaika – Lindner nicht

FDP-Chef Christian Lindner hat Spekulationen über eine Wiederbelebung der Jamaika-Sondierungen im Fall eines Scheiterns von Schwarz-Rot zurückgewiesen. „In dieser Wahlperiode ist Jamaika für niemanden mehr ein Thema.“ Sein Vize Wolfgang Kubicki war zuvor mit der Aussage zitiert worden: „Eines ist doch klar: Scheitert die GroKo, haben wir eine andere Lage.“ In einem Interview hatte Kubicki gesagt: „Selbstverständlich werden die Freien Demokraten im Licht der Entwicklung neue Bewertungen vornehmen. Wir sind schließlich keine Dogmatiker.“



Lange Zeit unterlag WELT-Korrespondent Deniz Yücel im Gefängnis Silivri einer Postsperrung. Mittlerweile erhält unser Korrespondent vereinzelt Sendungen. Aber nicht alle. Nach welchen Kriterien die Gefängnisleitung Post an ihn weiterleitet, wissen wir nicht mit Sicherheit. Aber es scheint, als hätten Mitteilungen auf Türkisch bessere Chancen, ihren Adressaten zu erreichen. Mailen Sie darum bitte Briefe für Deniz an folgende Adresse: schreibdeniz@weltn24.de. Wir lassen alle Briefe an ihn übersetzen und schicken sie ihm. Wenn Sie hingegen selbst auf Türkisch schreiben wollen, können Sie folgende Postadresse verwenden: **Ilker Deniz Yücel, 9 Numaralı Kapalı Ceza Infaz Kurumu, A 11-81, Silivri/Türkiye**. Bitte verzichten Sie darauf, Bücher und Fotos zu schicken, da Deniz von beidem nur eine begrenzte Anzahl in seiner Zelle aufbewahren darf. Vielen Dank für Ihren Brief!



Mitten in der Truppe: Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) bei den Gebirgsjägern in Bad Reichenhall

Radikal zusammengestrichen

Ursula von der Leyen wollte im Rüstungsmanagement der Bundeswehr alles besser machen. Ein vertrauliches Papier zeigt: Es gibt keine Belege, dass dieses Vorhaben gelungen ist

Ursula von der Leyen sitzt in diesen Tagen häufig auf den Sofas der deutschen Talkshow-Republik. Die Verteidigungsministerin hat es sich zur Aufgabe gemacht, dem Fernsehpublikum die Wirrnisse der Regierungsbildung zu erklären.

VON THORSTEN JUNGHOLT UND CHRISTIAN SCHWEPPE

Neulich zum Beispiel bei Sandra Maischberger gab sie zur Kenntnis, mit dem Scheitern der Jamaika-Gespräche „so nicht gerechnet“ zu haben. Ihre Stimme klang besorgt. Man habe doch eigentlich Lösungen gefunden, „die unser Land befriedet hätten“. Das sei doch kostbar gewesen. In diesen Momenten ist von der Leyen die Unterhändlerin der guten Sache: Eine CDU-Politikerin, die Aussöhnung schaffen will zwischen den streitenden Parteien, mit dem Ziel einer neuen, stabilen Regierung.

Fast vergisst man dabei, dass sie nicht über den Dingen schwebt, sondern eine Ministerin im Amt ist, wenn auch bloß geschäftsführend. Und dass sie über diese Arbeit Rechenschaft ablegen muss, vielleicht nicht in Talkshows, aber gegenüber dem Parlament. Doch daran scheint sie weniger Interesse zu haben, wie ein vertraulicher Bericht nahelegt.

Das Papier kommt aus von der Leyens eigenem Hause: Es ist der neue Bericht des Verteidigungsministeriums zu Rüstungsangelegenheiten. Er erscheint seit 2015 zweimal im Jahr und soll mehr Transparenz in den komplizierten Beschaffungsprozess neuer Waffensysteme bringen. Diese Deals verliefen bislang nach einem unerfreulichen Muster: Alles wird teurer, kommt später als geplant und leistet weniger.

Es ist zweifelsfrei ein Verdienst der Ministerin, diese Missstände angepackt zu haben. Mithilfe der zur Staatssekretärin berufenen Unternehmensberaterin Katrin Suder wollte von der Leyen das Rüstungswesen besser, effizienter und transparenter machen. Getauft wurde das Unternehmen „Agenda Rüstung“. Die halbjährlichen Berichte im McKinsey-Stil, die in der Regel im April und September erscheinen, sind Teil dieses Versuchs. Sie liefern, in ihrer üblichen Form, eine übersichtliche Gesamtschau der wichtigsten Rüstungsprojekte des Landes. Das Ministerium nennt das ein „proaktives Informationsangebot“, etwa für den Bundestag.

Seit September ist der Herbstbericht 2017 allerdings überfällig – vor der Bundestagswahl ist er nicht mehr termingemäß erschienen. Geschrieben wurde er dennoch. Die WELT konnte das zurückgehaltene Werk nun einsehen. Es handelt

sich um eine Version, die redaktionell abgeschlossen ist, lediglich einige Details fehlen noch. 58 Seiten umfasst das Papier – was schon einmal die erste Besonderheit ist. Denn es gab Jahre, in denen es 160 Seiten stark war, und das allein im öffentlichen Teil. Hinzu kam ein zweiter, vertraulicher Teil für die Abgeordneten.

Dieser zweite Teil fehlt in dem neuen Bericht nun komplett, und der öffentliche Teil wurde radikal zusammengestrichen. Kapitel wurden gekürzt, andere zusammengelegt. Es gibt zwar Hintergrundinformationen zum Vergabe- und Preisrecht, auch fiktive Beispiele zur Erklärung komplexer Beschaffungsprozesse. Es wimmelt von allgemeinen Aussagen wie: „Das durch die Bundeswehr zu beschaffende Wehrmaterial ist sehr heterogen.“ Die Rede ist von „integrierten Projektteams“, von „Abholpunkten“ und „Workshopkaskaden“ und „Lebenswegkostenmanagement“.

Auch Eigenlob findet sich zur Genüge. So steht auf Seite 27 geschrieben: Durch die Modernisierung des Rüstungswesens sei es insgesamt „zu substanziellen Verbesserungen gekommen“. Und: „Der Entscheidungstau bei den Rüstungsvorhaben wurde überwunden.“ Überprüft werden kann das alles freilich nicht. Denn der eigentliche Kern der Berichterstattung wurde ersatzlos

gestrichen: Kein Wort findet sich über die konkreten Rüstungsprojekte der Bundesregierung und die Fortschritte, die dort gemacht worden sind – falls es denn solche gibt.

Warum aber will das Ministerium seinem Kontrolleur, dem Bundestag, diese Informationen vorenthalten? „Auf die Darstellung der bedeutendsten Rüstungsprojekte“, heißt es in dem Papier, sei diesmal „ausnahmsweise verzichtet“ worden. Schließlich befände man sich „in einer Phase intensiver Sondierungen“ und Verhandlungen über die künftige Regierung des Landes. Auf Anfrage der WELT ergänzte ein Sprecher, es stehe auch deshalb noch kein Veröffentlichungstermin für den Bericht fest, weil es derzeit ja keinen Verteidigungsausschuss im Parlament gebe.

Das ist wahr, und der Wehrbeauftragte des Bundestags beklagt diesen Zustand. „Ohne Verteidigungsausschuss ist die parlamentarische Kontrolle eingeschränkt“, sagte Hans-Peter Bartels (SPD) der WELT. Allerdings gibt es ersatzweise einen Hauptausschuss, der auch für die Angelegenheiten der Bundeswehr zuständig ist. Dem könnte der Rüstungsbericht vorgelegt werden. Er müsste es sogar, schließlich geht es nicht um eine freiwillige Dienstleistung der Regierung. So verzichtete der Bundestag bei der Einführung des Rüstungsbe-

richts auf bis dahin bestehende einzelne Berichtspflichten. Sie wurden in das neue Papier integriert.

Der nachlässige Umgang des Parlaments mit der im Grundgesetz verbindlich vorgeschriebenen Einsetzung des Verteidigungsausschusses liefert aber auch keine Rechtfertigung für die drastischen Kürzungen. „Wenn die Serie der Rüstungsberichte den Zweck erfüllen soll, dass man Fortschritte und Probleme bei den wichtigsten Beschaffungsvorhaben erkennen kann, dann müssen diese Informationen auch in den Berichten enthalten sein“, sagte der Verteidigungsexperte der Grünen, Tobias Lindner, der WELT. Das Vorgehen des Ministeriums erwecke den Eindruck, „dass ein Vergleich der Projektfortschritte nicht gewünscht ist“.

Dieser Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen. Denn lange Zeit verfuhr von der Leyen nach dem Prinzip, Probleme im Rüstungsmanagement auf Versäumnisse ihrer Vorgänger abzuschieben. Das aber funktioniert nun nicht mehr. Es gibt mittlerweile eine ganze Reihe von Projekten, die sie selbst auf den Weg gebracht hat. Da ist zum Beispiel die geplante Entwicklung von Kampfschiffen für die Marine. Die Fregatten neuer Bauart, getauft MKS 180, sollten erstmals europaweit ausgeschrieben werden und zu einem „Leuchtturmprojekt“ für das neue Rüstungsmanagement der Ministerin werden. Ende 2016 informierte das Wehrressort das Parlament darüber, dass ein „endverhandelter Vertrag“ über den Bau von zunächst vier Schiffen erst mit Verspätung vorliegen werde, nämlich Ende 2017.

Es wäre nun also interessant zu erfahren, ob dieser Vertrag endlich fertig ist. Kenner der Materie wissen zu erzählen, dass dies nicht der Fall sei. Warum will das angeblich doch auf ein „proaktives Informationsangebot“ geeichte Ressort darüber nicht berichten? Ebenfalls von Interesse wäre der Status quo bei von der Leyens neuem Luftverteidigungssystem namens „Meads“. Im letzten Herbstbericht hieß es bereits, dass komplexe Vertragsverhandlungen zu erwarten seien, sodass eine parlamentarische Befassung voraussichtlich nicht vor dem Frühjahr 2017 erfolgen könne. Im Dezember 2017 wurden die Abgeordneten des Bundestages aber immer noch nicht befasst – und fragen sich: Wie geht es eigentlich weiter mit „Meads“? Wie ist der Zeitplan?

Diese Liste ließe sich nahezu beliebig verlängern. Zum Beispiel um das neue Sturmgewehr für die Bundeswehr. Das G36 des Herstellers Heckler & Koch musterte von der Leyen im Streit mit dem Produzenten aus. Nun aber ist der größte Konkurrent von Heckler & Koch, die Firma Sig Sauer, aus der laufenden Ausschreibung ausgestiegen. Warum genau? Was bedeutet das für die künftige Ausrüstung der Soldaten?

Angesichts dieser Vielzahl unangenehmer Fragen scheint es natürlich komfortabler, den Rüstungsbericht auf eine Ansammlung von Plattitüden im Unternehmerberaterjargon zu reduzieren. Oder ihn eben gar nicht zu publizieren. Von der Leyen erspart sich damit eine Debatte darüber, ob ihre „Agenda Rüstung“ tatsächlich wie behauptet „zu substanziellen Verbesserungen“ im Rüstungswesen geführt hat. In den 58 Seiten ihres noch geheimen Rumpfberichts jedenfalls sind keine Belege dafür zu finden.

Abgehängt und gespalten

Lesefähigkeiten von Viertklässlern: Viele Länder liegen vor Deutschland. Kluft zwischen starken und schwachen Schülern wird größer

Deutschlands Grundschulen bekommen die Probleme mit ihrer immer vielfältigeren Schülerschaft einfach nicht in den Griff. Das ist die zentrale Botschaft der vierten Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (Iglu). Die Ergebnisse zum Jahr 2016 wurden am Dienstag vorgestellt. Seit 2001 werden mit der Erhebung alle fünf Jahre die Leseleistungen von Viertklässlern gemessen.

VON SABINE MENKENS

Die gute Nachricht für Deutschland: Im Durchschnitt gesehen, sind die Leistungen über die Jahre hinweg konstant geblieben. Die schlechte, aus Perspektive der Bundesrepublik: Viele Schüler in den Vergleichsländern haben sich unterdessen deutlich verbessern können. Waren im Jahr 2001 gerade einmal vier Länder vom Leistungsmittelwert her signifikant besser als Deutschland, sind es jetzt bereits 20. „Vor dem Hintergrund ist Stagnation natürlich Rückschritt“, sagte die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Baden-Württembergs Bildungsministe-

rin Susanne Eisenmann (CDU). Für Deutschland reicht es inzwischen nur noch für einen Platz im Mittelfeld – knapp unter dem Durchschnitt der EU. Was noch schwerer wiegt: Die Kluft zwischen guten und schlechten Schülern in Deutschland wird größer. Zwar konnte der Anteil der besonders leistungsstarken Schüler im Vergleich zum Jahr 2001 von 8,6 auf 11,1 Prozent leicht gesteigert werden. Doch gleichzeitig stieg auch der Anteil der Schüler, die nicht einmal ein rudimentäres Leseverständnis mitbringen, von 16,9 auf 18,9 Prozent. Heißt: Fast jeder fünfte Schüler kann beim Verlassen der Grundschule nicht vernünftig lesen.

Ein Grund dafür ist, dass es Deutschlands Grundschullehrer mit einer zunehmend heterogenen Schülerschaft zu tun haben. Mehr als ein Drittel der Kinder habe einen Migrationshintergrund, hinzu kämen die Kinder mit erhöhtem Förderbedarf, die im Rahmen der Inklusion mitbeschult werden müssten, sagte Eisenmann. Manche Kinder schaffen es in der ersten Klasse kaum, den Stift richtig zu halten, andere können bereits bei der Einschulung lesen. Um diesem

Spektrum gerecht zu werden, braucht es konzeptionell hochklassigen Unterricht und hervorragend ausgebildete Lehrer. Die sind Mangelware in Zeiten, in denen bald jeder zweite neu eingestellte Lehrer ein Quereinsteiger ohne ausreichende Ausbildung ist. Eisenmanns Fazit: „Wir haben immer noch eine zu starke Abhängigkeit zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg.“ Studienautor Wilfried Bos vom Institut für Schulentwicklungsforschung an der TU Dortmund sagte: „Es ist eine einzige Schande, dass wir unsere Kinder nicht zu dem Erfolg führen, der ihnen eigentlich angeboren ist.“

Die Krux ist nur: Das Problem der sozialen Spaltung in Kinder aus Bildungsbürgerhaushalten und bildungsfernen Familien ist seit Jahren bekannt. Keine Studie, die nicht auf diesen Zusammenhang hinweist. Der Patient liegt auf dem Tisch, die Diagnose ist seit Jahren klar – aber es tut sich nichts. Inzwischen trägt der Leseleistungsvorsprung von Kindern aus Haushalten mit mehr als 100 Büchern im Regal gegenüber den Haushalten mit wenig Lesestoff mehr als ein ganzes Schuljahr.

Und auch die Lehrer lassen sich wohl vom Bildungshintergrund ihrer Schüler beeinflussen. Bei gleicher Leistung und gleichen kognitiven Fähigkeiten hatten Kinder aus bessergestellten Haushalten 2001 eine 2,6-mal so hohe Chance auf eine Gymnasialempfehlung. 2016 war sie bereits 3,4-mal so hoch. „Ganz offensichtlich verschleudern wir da Potenziale“, sagte Bos. „An der Chancengerechtigkeit muss dringend gearbeitet werden.“ Bildungsstaatssekretärin Cornelia Quennet-Thielen nannte es „beunruhigend“, dass auch der Anteil der Kinder, die in ihrer Freizeit zum Vergnügen lesen, um fünf Prozent zurückgegangen sei. „Wir müssen Kinder und Eltern wieder für das Lesen begeistern. Der Weckruf von Iglu darf nicht verhallen.“

Doch gefragt nach den Wegen aus der Misere, blieben die Antworten dünn. Mehr zentralstaatliche Standards? Bloß nicht, winkte Eisenmann ab: Schließlich bedeute Bildungsföderalismus ja auch, von den Erfahrungen der anderen zu lernen. Hamburg zum Beispiel habe es geschafft, durch konsequente Sprachförderprogramme seine Ergebnisse zu verbessern.

Und sonst? Mehr Ganztagschulen, forderte Bos, aber bitte solche, in denen nachmittags auch unterrichtet wird und die „nicht nur bessere Kindergärten“ sind. Sprach- und Leseförderprogramme müssten aufgelegt werden, aber nicht irgendwelche, sondern solche, die auch einer strengen Evaluation standhalten, forderte Quennet-Thielen. Überhaupt brauche es weniger Aktionismus und stärkere Konzentration auf das Wesentliche, einen qualitativ hochwertigen Unterricht, so die Staatssekretärin. „Wir haben zu viele Ressourcen in strukturellen Reformen vergeudet.“

Und dann war da noch der Hinweis auf die Eltern. Sie müssten Vorbild sein für ihre Kinder, sie zum Lesen ermuntern, forderte Eisenmann. „Wir können nicht erwarten, dass Kinder zu Büchern greifen, wenn ihre Eltern den ganzen Tag aufs Smartphone gucken.“ Mag sein, ja. Aber gerade das ist eben das Problem: Die Abhängigkeit von den Bildungsmustern des Elternhauses gilt es für die schwachen Schüler ja zu durchbrechen. Es steht zu erwarten, dass Deutschland auch bei Iglu 2021 noch nicht klüger ist.